

Abstimmung vom 18.5.2014

Linker und bürgerlicher Gegenwind ist für Gripen- Kampfjet zu viel

**Abgelehnt: Bundesgesetz über den Fonds zur
Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen
(Gripen-Fonds-Gesetz)**

Matthias Strasser

Empfohlene Zitierweise: Strasser, Matthias (2019): Linker und bürgerlicher Gegenwind ist für Gripen-Kampfjet zu viel. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Ab 2008 führt der Bundesrat eine Typenevaluation für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge als Ersatz für die in die Jahre gekommenen Tiger-F5-Kampffjets durch. Mit dem Rüstungsprogramm 2012 spricht er sich für die Beschaffung von 22 Jets des Typs Gripen E vom schwedischen Hersteller Saab aus. Die Finanzierung über 3,1 Milliarden Franken soll durch einen Fonds sichergestellt werden, der mit Beiträgen aus dem ordentlichen Rüstungsetat geäuftnet wird. Die dafür notwendige Rechtsgrundlage wird in Form eines Gesetzes in die parlamentarische Beratung geschickt.

Bereits in der parlamentarischen Beratung formiert sich heftiger Widerstand: Linke und armeekritische Kreise kündigen schon sehr früh ein Referendum an. Sie kritisieren die Beschaffung als Geldverschwendung und fordern eine Neuausrichtung der Armee. Auch bürgerliche Kreise kritisieren das Gesetz, insbesondere aus finanzpolitischen Motiven und weil sie von der Leistungsfähigkeit des gewählten Flugzeugtyps nicht überzeugt sind. Dennoch findet sich in beiden Räte am Schluss eine Mehrheit für das Gripen-Fonds-Gesetz: im Nationalrat mit 117 zu 71 Stimmen und im Ständerat mit 25 zu 17 Stimmen.

Noch vor der Schlussdebatte in den eidgenössischen Räten bilden sich zwei Komitees, die das fakultative Referendum gegen das Gesetz ergreifen wollen: Eines besteht aus armeekritischen Kreisen der SP und der Grünen. Ein zweites, bürgerliches Komitee setzt sich vorwiegend aus Politikerinnen und Politikern der GLP zusammen. Bis Mitte Januar 2014 sammeln sie Unterschriften und können schliesslich rund 65 000 Unterschriften einreichen, wobei etwa 5000 Unterschriften vom bürgerlichen Komitee stammen.

GEGENSTAND

Das Bundesgesetz über die Schaffung eines Fonds zur Beschaffung des Gripen (Gripen-Fonds-Gesetz) stellt die Grundlage für die Finanzierung der 22 Kampfflugzeuge dar. Der Fonds soll aus den ordentlichen jährlichen Rüstungsetats geäuftnet werden. Formal wird entsprechend über die Finanzierung des Gripen-Kaufs abgestimmt und nicht über den Kauf an und für sich. Faktisch jedoch steht die Beschaffung im Zentrum der Abstimmung, was auch der Bundesrat im Vorfeld der Kampagne anerkennt.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Abstimmungskampf wird intensiv geführt und ist geprägt durch eine umfangreiche, kritische Berichterstattung der Medien, angetrieben durch diverse Indiskretionen rund um den Evaluationsprozess des Kampffjettyps. Zudem entstehen Diskussionen um eine finanzielle Beteiligung der Herstellerfirma Saab am Abstimmungskampf sowie um eine Einflussnahme Schwedens auf diesen.

Auf Befürworter-Seite ist zunächst die CVP für die Kampagnenführung vorgesehen. Die Christdemokraten sind jedoch aufgrund ablehnender Beschlüsse einer Kantonalen Sektion sowie der Frauensektion gespalten und ziehen sich offenbar auch aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung

zurück. Nach einigem Zögern übernimmt die SVP die Koordination der Ja-Kampagne. Weiter unterstützen FDP und BDP das Gripen-Fonds-Gesetz. Verteidigungsminister Ueli Maurer lanciert den Abstimmungskampf bereits kurz vor dem Jahreswechsel und bemüht die Metapher eines Chalets mit löchrigem Dach: Mit der Ausserdienststellung der Tiger-F5 sei die Luftwaffe nur noch mangelhaft ausgerüstet, warnt er.

Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage vermeiden es, die Abstimmung zu einer Grundsatzfrage über die Armee zu machen. Mit dem Slogan «Kampfjetmilliarden gegen Bildung, Verkehr oder AHV» stellen sie die Kostenfrage ins Zentrum ihrer Kampagne und kritisieren, das Geld könne sinnvoller eingesetzt werden. Explizit für eine starke Armee spricht sich das bürgerliche Nein-Komitee aus, in welchem sich die GLP sowie die CVP-Frauen organisieren. Die Anschaffung des Gripen sei allerdings zu teuer und konzeptlos, so ihre Kritik.

ERGEBNIS

Das Gripen-Fonds-Gesetz wird mit einem Neinstimmen-Anteil von 53,4% abgelehnt. Nein-Mehrheiten ergeben sich vor allem in der lateinischen Schweiz (angeführt vom Kanton Jura mit 74,3% Nein) und in den Deutschschweizer Städten. Die recht deutlichen Ja-Mehrheiten in den ländlichen Kantonen der Innerschweiz und insbesondere in Nidwalden (68,2% Ja), Standortkanton des Flugzeugherstellers Pilatus, können nicht verhindern, dass es zu einem abstimmungshistorisch seltenen Fall eines Nein zu einer Armeevorlage kommt. Die Stimmbeteiligung liegt bei überdurchschnittlichen 56,3%.

Die Vox-Analyse (Bürgisser et al. 2014) zeigt, dass vor allem Jüngere und Frauen die Initiative ablehnten. Auch zahlreiche Mitte- und FDP-Anhänger stellten sich gegen den Kampfjetkauf. Wichtigstes Argument waren dabei die hohen Kosten. Das Nein kam allerdings infolge einer Kombination weiterer Stimmotive zustande: Nein-Stimmende äusserten Kritik am gewählten Flugzeugtyp, forderten eine Neuausrichtung der Armee oder lehnten diese grundsätzlich ab. Die wichtigsten Ja-Argumente waren grundsätzliche sicherheitspolitische Überlegungen. Die Autoren der Vox-Analyse kommen zum Schluss, dass das Ergebnis nicht als grundsätzliche Infragestellung der Armee interpretiert werden könne.

QUELLEN

Bürgisser, Reto, Thomas Kurer, Thomas Milic, Denise Traber und Thomas Widmer (2014). *VOX 115. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 18. Mai 2014*. Bern, Zürich: gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich.

Schubiger, Maximilian (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Beschaffung des Kampfflugzeuges Gripen (BRG 12.085), 2012–2014*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.7.2018.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 18.5.2014 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 12.085).

Bundesblatt: BBl 2012 9281.